

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanischgasse 33.
Sprechstunden der Redaction
Formittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-5 Uhr.

Für die Rückgabe eingeleiteter Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Interate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Krenn, Universitätsstr. 22,
Eduard Köhler, Rathhausstr. 18, u.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementpreis vierteljährlich 4^{fl.}, 8^{fl.},
incl. Frangiraten 5^{fl.}, 10^{fl.},
durch die Post bezogen 6^{fl.}, 12^{fl.},
jede einzelne Nummer 25^{fl.}.
Belegexemplar 10^{fl.}.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30^{fl.},
mit Postbeförderung 45^{fl.}.

Inserte 5^{fl.} pro Zeile 20^{fl.}.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40^{fl.}.
Interate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 337.

Sonntag den 7. November 1880.

74. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 10. November a. c. Abends 6^{1/2} Uhr im Saale der I. Bürgerhalle.

Tagesordnung:

1. Gutachten des Bau-, Oekonomie- und des Finanz-Ausschusses über a. den Verkauf eines an der Bismarckstraße und Schreiberstraße gelegenen Platzes; b. Abänderung des Arealausweises der Stadt mit der Thomasschule an der Schreiber-, Blagwitzer- und Hüllerstraße u.
- II. Gutachten des Oekonomie- und des Finanz-Ausschusses über a. die Reform des Straßenreinigungswesens; b. die Verbreiterung des Schönefelder Spritzenweges vor dem Lauchaer Thore und die antheilige Uebernahme der Unterhaltungskosten.
- III. Bericht über Cassenrevision im Krankenbause.
- IV. Gutachten des Finanz-Ausschusses über a. die Verrechnung der Kosten für die Hundesteuermarken; b. Unterstützung der Herberge zur Heimath.
- V. Gutachten des Schul-Ausschusses über a. Umwandlung der an der höheren Mädchenschule bestehenden Lehrerstellen für neuere Sprachen in ständige Oberlehrerstellen; b. die Rechnungen der Thomasschule und der Privatcasse der Alumnen auf die Jahre 1877 und 1878.

Im Monat October 1880 sind vom Stadtrath angestellt worden:

als Controleur bei der Stadt-Steuer-Einnahme: Alfred Viktor Helmert; als Cassegehülfe bei der Stadt-casse: Gustav Adolf Heinrich Krause.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß wir die Fischereiberechtigten Herrn Carl Wilhelm Müller und Herrn Friedrich Wilhelm Köhler angewiesen haben, die Flüsse, Flußbinnen und Teiche des hiesigen Stadtbezirks, soweit dieselben als Fischbänne benutzt werden, während der Dauer gegenwärtigen Winters sorgfältig zu überwachen.

Es ist daher den Anordnungen derselben, sowohl seitens der Inhaber der Fischbänne, als auch seitens der die Fischbänne Besuchenden unbedingt Folge zu leisten. Insbesondere ist das Betreten des Eises und das Schlittschuhlaufen, bevor Solches auf der fraglichen Fischbahn von den Obenannten für unbedenklich erklärt worden, verboten. Es haben auch die Inhaber der Fischbänne auf begehliche Anordnung und namentlich bei eingetretener Thauwetter den Zutritt zu ihren Bännen ferner nicht zu gestatten und etwaige eiserne oder nicht genügend sichere Stellen in gehöriger Weise abzusperren.

Suivertreibungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu sechsig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen geahndet werden.
Weipzig, am 3. November 1880.

Der Rath der Stadt Weipzig
Dr. Georgi Hartwig.

Der Papst und Italien.

Des der Dreizehnte ist in die Fußstapfen Pio Nonos getreten und aller Welt ist nachgerade offenbar geworden, daß ein Zeitalter des andern im Vatican abgelöst hat. Die Geduld und die diplomatische Sanftmuth, welche der heilige Vater in den beiden ersten Jahren seines Pontificats sorgsam und mit Vorbedacht zur Schau trug, scheinen nunmehr erschöpft zu sein. Die Rolle ist gefallen und unvertilgt zeigt der vatikanische Stauensseifer sein Antlitz der Christenheit. Leo's vielgeliebte Gewandtheit ist zu Schanden geworden an den Ereignissen in Frankreich, in Deutschland, in Belgien und in der Schweiz; Mißerfolg über Mißerfolg haben sich an seine Fersen gehetzt und seine Macht lahm gelegt. Darüber mißmuthig geworden, hat der unsehnbare Papst das Bedürfnis gefühlt, seinem Kerger und Born Lust zu machen; merkwürdiger Weise hat er aber sein Mißthun nicht an denen geknüpft, die ihm in der jüngsten Zeit so viel Klammern bereitet, sondern an Italien, dem einzigen Staate, in dessen Beziehungen zum heiligen Stuhle seit dem Tode Pius' IX. ein milderer Ton eingebläuen war. Diese Mißthe war so weit gegangen, daß seine Heiligkeit vor nicht allzu langer Zeit das italienische Königspaar im „Thronsaale“ des Vatican empfingen und auf das Freundschafts begriff hatte.

Was den Papst gerade jetzt veranlaßt haben mag, unherausgefordert seinen Vanspruch gegen Italien zu schleudern, ist unerfindlich. Niemand ist dem Papstthum verhältnißlich und löblich entgegen gekommen als die jetzigen Nachthaber, welche ebendam als Deputirte den Tag nicht abwarten konnten, an dem sie, wie sie versicherten, als Minister sofort die Fall'sche Politik in Italien etageblirtet haben würden. Wer erinnert sich nicht, schreibt ein römischer Correspondent der „Referzeitung“, der heftigen Angriffe Crispi's, Raporta's, Mancini's, Cairoli's, Billa's u. s. w. auf die Kirchenpolitik der Rechten, welche den Staat streng von der Kirche trennte, sich um die Herausforderungen der Curie nicht kümmerte, den Papst vollständig ignorirte, daß für aber die Schulen frei hielt von dem Einflusse des Klerus; die Seminarien, soweit sie sich mit der Erziehung nicht für den geistlichen Stand bestimmter Jünglinge beschäftigten, unter das Staatsgesetz und die Staatsexamina stellte, die theologischen Facultäten an sämtlichen Universitäten abschaffte, die Aelster und Orden aufhob und deren Aelster einzog und selbst nicht vor der Verhaftung von Crispi'schen und Cardinalen jurischrechte, wenn sie gegen den Staat conspirirten, wie seiner Zeit bei dem Cardinal de Angelis, Erzbischof von Ancona, der sieben Jahre in der Verbannung in Turin zubringen mußte?

Indessen alle diese Maßregeln waren den Männern der italienischen Linken nicht radikal genug. Als sie im Jahre 1876 aus Kader gelangten, war man im Vatican besorgt, daß nunmehr eine Epoche der Verfolgung herbeireden würde. Und in der That nahm man dazu einen Anlauf, als Mancini sein Gesetz gegen den Klerus einbrachte. Dasselbe

litt jedoch Schiffbruch im Senate. Von diesem Augenblicke an beschäftigte man sich an den Bänken der Linken. Die Geschicorlage über die obligatorische Civilehe vor den kirchlichen war schon außerordentlich jahn in der Straßbestimmungen gegen die Priester, welche nur als Mitschuldige verantwortlich gemacht wurde, während man die Brautleute selbst als Hauptschuldige den Gerichten überwies. Aber selbst dieses jahn Gesetz liegt der italienischen Regierung so wenig am Herzen, daß es jetzt noch unbedacht im Archive des Senats schlummert; kurz, von Culturkämpfe, von der Ausrottung des Papstthums, welche auf der Fahne der jetzigen mißthierischen und nicht ministeriellen Gruppen der Linken landes, war nicht mehr die Rede.

Indessen trat aller Nachgiebigkeit fällt nun Leo XIII. mit Hornschreien über Italien her, welche den leidenschaftlichen Ausführenden gleichen, welche Pius IX. in den letzten Jahren seines Pontificats so häufig der erlauchten Welt zum Besten gab, daß sich schließlich Niemand mehr darum kümmerte. Nach allen Voraussetzungen der beiden letzten Jahre ließ sich etwas Aehnliches von Leo XIII. nicht erwarten.

Und doch geschah es. Am 24. October brach er bekanntlich die Geheimsitzung dazu vom Raume, um in eine neue unerwartete Periode seines Pontificats einzutreten. Während er die noch lebenden 700 päpstlichen Erbeamten der verschiedenen Ministerien unter Pius IX. um sich versammelte, hielt er eine so maßlose Anrede an dieselbe, daß diese Getreuen des Papstes, welche sie der italienischen Regierung den Eid verweigerten und keine Dienste bei ihr nahmen, ihren vollen Gehalt vom Vatican ohne die geringste Gegenleistung beziehen, wie aus den Worten gefallen sein sollen.

Die Italiener sind in religiösen Dingen etwas indifferenter, man wird sich daher im Königreiche um diese unerwartete Kundgebung Leo's XIII. herzlich wenig kümmern. Im Innern des Landes wird dieselbe keine Erregung hervorrufen. Der Eindruck der Reue, den die heftige Sprache Leo's XIII. heute noch hat und der italienischen Presse Stoff zu eben so heftigen, vielfach aber auch spöttischen Artikeln und Antworten giebt, wird sehr bald verschwinden. Der Papst, welcher den Staat mit der Kirche versöhnen wollte, aber jedes Nachgeben dabei verweigert, hat den Rubicon überschritten. Zurück kann er nicht mehr. In allen seinen künftigen Encycliken und Handlungen wird er denselben Ton wie in dieser unglücklichen Ansprache anschlagen müssen. Heute wird man in Italien die maßlose Herausforderung Leo's XIII. gegen Italien noch mit Interesse und Regierde lesen; bei der dritten und vierten Wiederholung wird man einfach die Köpfe nicken und darüber lächeln. Die päpstlichen Reden werden künftig in Italien höchst wahrscheinlich ganz unbeachtet bleiben, weil Pius IX. die Italiener schon hinlänglich mit derselben Melodie gelangweilt hat.

Indessen wird natürlich diese Schwendung Leo's XIII. außerhalb Italiens beachtet werden müssen. Der Angriff auf dieses Land ist sicherlich nur ein Vorwand, eine Maske. Der Papst giebt dadurch

Bekanntmachung.

Am 3. Tebeth, d. i. Sonntag, den 5. December d. J., als dem Todestag der Frau Sara Fränkel, soll die Hälfte der Jinsen der **Schule und Sara Fränkel-Stiftung** an eine würdige, nicht durch eigene Schuld bedürftig gewordene, in Weipzig wohnhafte, ältere Person, mit Vorzug einer solchen, weiblichen Geschlechts, ohne Unterschied der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.
Wir fordern geeignete Personen hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 20. d. M. bei uns einzureichen.
Weipzig, am 3. November 1880.
Der Rath der Stadt Weipzig.
Dr. Georgi Hartwig.

Bekanntmachung.

Herr Friedrich Wilhelm Schrödter beabsichtigt, unter Zurückziehung seines früheren Projectes, in seinem an der Sibonienstraße unter Nr. 13 gelegenen Grundstücke Nr. 9441 des Flurbuchs und Fol. 2660 des Grund- und Hypothekensuchs für die Stadt Weipzig, in einem an das Seitengebäude anstoßenden Anbau eine **Kleinrentschickerei** zu errichten.
Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniss mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.
Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.
Weipzig, am 3. November 1880.
Der Rath der Stadt Weipzig.
Dr. Georgi Uhlmann.

Bekanntmachung.

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.
Diejenigen Eltern, welche für Oher 1881 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei uns nachsuchen geounen sind, haben ihre Gesuche von jetzt an bis spätestens den 20. d. M. auf dem Rathhause in der Schulerpediton, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr persönlich anzubringen und die ihnen vorgelegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Zeugnisse über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Oher 1881 das sechste Lebensjahr vollendet und das siebente noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in die oberen Classen der Schule aufgenommen werden.
Weipzig, am 6. November 1880.
Der Schulausschuß der Stadt Weipzig.
Dr. Panig. Behmert.

seinen Gegnern im Auslande zu versetzen, daß er die Epoche der Mißthe für abgehau hält und zu der Politik seines Vorgängers zurückkehrt.
Nun, das ist seine Sache. Seine Rede vom 24. October mag als energisch bezeichnet werden, lang war sie nicht, denn die Actien des Vatican stehen in Europa zu schlecht, als daß es helfen könnte, die andern Mächte Italien mit Erfolg auf den Hals zu legen. Alle Hoffnungen, welche auf einen zeitgemäßen Wandel in den Anschauungen des Vatican mit der Thronbesteigung Leo's XIII. von mancher Seite gesetzt wurden, sind unweiderbringlich dahin. Mit der Rede vom 24. October ist Leo XIII. in die Fußstapfen Pius' IX. getreten und, wie wir glauben, jede Brücke einer Verständigung auch zwischen Rom und Berlin abgebrochen. Der Papst will den Krieg, und selbst der deutsche Reichskanzler wird nicht im Stande sein, den Frieden mit der Curie zu erzwingen.

Politische Uebersicht.

Weipzig, 6. November.

Der „Reichsanzeiger“ verkündigt die Ernennung des Regierungspräsidenten Steinmann aus Arnberg zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.

Die Commission des preussischen Abgeordnetenhauses für die neuen Verwaltungsgesetze hat sich soeben im preussischen Landtage constituirt und zu ihrem Vorsitzenden Herrn von Bennigsen, zum Stellvertreter des Vorsitzenden Herrn von Rauchhaupt ernannt. Die national-liberalen Mitglieder der Commission sind die Abgeordneten von Bennigsen, Hobrecht, Gneist und Born. Außerdem hat die national-liberale Fraction, dem Wunsche der Secessionisten entsprechend, den zu letzteren gehörenden Abgeordneten Riese für die Commission designirt, und derselbe ist ebenfalls gewählt worden. Die Commission wird ihre Arbeiten mit der Specialberatung des Zustandigkeitgesetzes beginnen.

Im Allgemeinen lassen sich die Verhältnisse in der national-liberalen Fraction dergestalt an, daß an ein Ausreten weiterer Mitglieder aus dem Verbands der Fraction schwerlich zu denken ist. Gerade diejenigen Elemente unter den National-liberalen, die man stets als zum „linken Flügel“ derselben gehörig betrachtete, verurtheilen am meisten die Secession. Gerade sie erklären sich am bestimmtesten gegen eine Taktik, die es für politisch klug hält, dem großen liberalen Verbands zu entsagen, sich also des Einflusses innerhalb desselben zu begeben und behufs „Einigung aller Liberalen“ eine neue Gruppe zu bilden. Sie sind vielmehr der Meinung, man müsse in der Fraction bleiben, so lange dasselbst nicht das Gelingen machen und feste Anzeichen für die liberalen Principien etwa durch Beschlüsse einer Mehrheit, welche die Abstimmungen der einzelnen Mitglieder der Fraction binden, zur Unmöglichkeit gemacht werde. Die Hoffnungen der Secessionisten auf eine weitere Erfüllung ihrer Reichen durch die ihnen am nächsten stehenden Mitglieder der National-liberalen werden

dabei, so weit man jetzt die Lage der Dinge übersehen kann, keineswegs in Erfüllung gehen.

Die „Reinische Zeitung“ beleuchtet die Stellung der national-liberalen Partei im preussischen Abgeordnetenhause unter Bezugnahme auf einen auch von uns erwähnten Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ über die Parteifrage. Das Rheinische Blatt schreibt dann: „Wir unserselbst sind nach wie vor, wie wir das ebenso vom Herrn v. Bennigsen glauben, der Meinung, daß wir dem Kanzler die Hand entgegenstrecken müssen, damit er mit Ehren aus seinem erhabenen Posten verbleiben könne. Uns ist die leitende Stellung des künftigen Reichs, des geistigen Gründers des nationalen Reichs, werthvoller als manche sachliche Meinung, die eben nur wenig bleibende und durchschlagende Bedeutung hat. Noch aber möchten wir hoffen, daß es dieses Ereignisses urgeschaltet uns beschieden sein werde, die beiden Gruppen der national-liberalen Partei während der gegenwärtigen Session einmüthig zusammenzuhalten und dann endlich den ganzen Spalt sich wieder verwachsen zu lassen.“ Wir fürchten, daß diese Hoffnung der „Reinischen Zeitung“ sich nicht erfüllen wird, denn, wie bekannt, haben die Secessionisten ihre Thätigkeit im Abgeordnetenhause damit begonnen, daß sie bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten im ersten Wahlgange für den Candidaten der Fortschrittspartei, Hünel, stimmten.

Die scharfe Anwendung der discretionären Gewalt, welche nach dem neulichen Bundesrathsbeschlusse der §. 28 des Socialistengesetzes dem Hamburger Senate gegeben hat, mußte selbstverständlich eine Menge von Familien, die auf einen Schlag wenigstens zeitweilig ihres Ernährers beraubt wurden, in bitteres Elend stürzen. Die Leiter der socialistischen Bewegung in Weipzig haben das vorausgesehen und rechtzeitig zu Geldsammlungen aufgefordert, um der drückendsten Noth des Augenblicks mit Erfolg steuern zu können. Wenn sie mit ihren Aufforderungen sich nicht auf den engen Kreis ihrer Parteigenossen beschränkten, so ist das um so eher begreiflich, als schon in früheren Reichstagsessionen bei Gelegenheit der Berliner Ausweisungen, wie der Abg. Frey'sche gelegentlich vor der Öffentlichkeit bezeugt hat, ihnen reiche Beiträge von Seiten mancher Abgeordneten anderer Parteien geworden waren. Handelt es sich doch hier auch um ein Werk der Humanität, welchem politische und Classen-Unterschiede fremd bleiben sollten. Früher, noch bis zum vorigen Winter, wurden derartige Sammlungen politisch verfolgt, in der letzten Session hat aber der Reichstag bei der Verlängerung des Socialistengesetzes dem §. 16 eine Auslegung gegeben, welche jedes politische Einschreiten zu verhindern geeignet ist.

An dem Beispiel der nordamerikanischen Parteiverhältnisse, welche durch die Präsidentschaftswahl unserem Interesse wieder einmal näher gerückt werden, zeigt sich aufs Neue die Unrichtigkeit des in jüngster Zeit so eifrig verfochtenen Satzes, daß ohne wirtschaftliche Freiheit politische Freiheit nicht denkbar sei. Die gesammte

B 65/66 P 4 2100 *
K 11 1 81 1

1/773
1/780
1/176

752

1772
1840

1840

666